

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsanstalt
Tageblatt Rieser
Grosshof Nr. 22.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshof, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Strohfasse:
Rieser Nr. 52.

Nr. 211.

Mittwoch, 10. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Einiretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erhält, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtigste Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Sicherung der Außenpolitik.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

an. Die außenpolitische Linie hat sich im Laufe der Jahre ergeben. Man behauptet, Stresemann hätte sie gezeichnet, wahr ist indessen, daß auch er bereits eine Entwicklung vorand. Deutschland konnte keine andere Außenpolitik treiben, wie sie durch Verhandlungen und Ohnmachtserfahrungen eine Selbstverständlichkeit wurde. Nur wurde die Linie, die sich herauszubilden begann, bildlich genommen, von den Parteien einmal links, einmal rechts gezogen, ohne daß indessen die Beschränkungen der gänzlichen Unterordnung, noch die Revancheschreier recht erhielten. Es war sehr schwer, für eine gerade Linie eine Mehrheit zu finden. Das ist erst Stresemann gelungen, der dann auch die, wie gesagt, angebahnte und vorgezeichnete Außenpolitik, auf eine bestimmte Formel bringen konnte. Er fand eine große Reichstagsmehrheit hinter sich, weil er die Linie der deutschen Außenpolitik klar herausarbeitete und jedes Verstecknis vertrieb. Wie auch die Parteien innerpolitisch gegeneinander standen, von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei war die außenpolitische Front gesichert, und als die Deutschnationalen einmal in die Regierung kamen, wagten sie es nicht, eine andere Außenpolitik zu treiben.

Nun ist in den heißen Wahlkämpfen manch Wort gesprochen worden, das im Ausland heillos machen mußte. Doch alle zu scharfen Töne fanden sofort die nötige Dämpfung. Wir wissen, daß der Reichskanzler und der Außenminister sich entschieden gegen Einmischungen wehrten und daß die Parteiführer von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei — trotz aller Gegenfähigkeit — sich zu der Stresemann-Linie bekannten. Nun durfte es nicht übersehen werden, daß der deutsche Außenminister Dr. Curtius in Genf eine geteilte Stimmung vorand. Das Ausland mag über deutsche Dinge sehr gut unterrichtet sein, so genau wird es die einzelnen Personen und ihren Einfluß nicht zu beurteilen vermögen, und deshalb werden Sprüche einer untergeordneten oder einflusslosen Person höher gewertet, als es in Deutschland der Fall ist. Man wollte deshalb dem Außenminister in Genf das autoritative Auftreten abstreifen, weil er keine Mehrheit vertritt. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, die Regierung Brünning sei ja durch ihre Schwäche Urheber der Reichstagsauflösung, vermag man, daß der Außenminister im Reichstag eine starke Mehrheit hatte und daß immer wieder — über allen innerpolitischen Zwist — die große außenpolitische Koalition vorhanden war. Mit Recht durfte Curtius darauf hinweisen und das Recht für sich in Anspruch nehmen, Vertreter einer Volksmehrheit zu sein.

Es ist ihm gelungen, die Auslandspresse davon zu überzeugen und in der Völkerbundratsstagung den Eindruck zu hinterlassen, seine Stellung zu der Briand'schen Paneuropafrage entspreche dem Willen des deutschen Volkes und werde immer, wer auch Außenminister sei, weiter verfolgt werden. So hat sich Deutschland in dieser wichtigen europäischen Angelegenheit die Mitarbeit gesichert. Das war schon deshalb notwendig, weil gerade in letzter Zeit im Ausland die Behauptung laut wurde, alles müsse getan werden, um den Frieden Europas zu sichern, der allein durch zwei Länder, Italien und Deutschland bedroht werde. Ebenjowenig, wie wir behaupten wollen, Italien wolle keinen Frieden halten, haben die Journalistinnen Korruptionen, wie Sauerwein ein Recht, Deutschland nachzusagen, daß es Sidensfried in europäischen Völkerkongressen sei. Gewiss könnte die sogenannte nationale Opposition, die sich auch in dem Volksbegehren gegen den Youngplan ausdrückte, den Glauben erwecken, als ob auf kurz oder lang Deutschland seine bisherige außenpolitische Linie verlassen werde. Doch hat sich gezeigt, daß sie einer wirtschaftspolitischen, also einer naturnotwendigen Einstellung entspricht. Und als Deutscher wird man die Ueberzeugung nicht los, auch jene, die heute so gegen unsere außenpolitische Nachsichtigkeit und Verantwortlichkeit wettern, würden, sobald sie die Verantwortung tragen, einsehen müssen, daß die Klugheit bereits den richtigen Weg gezeichnet habe. Von Deutschland kommt sicherlich keine Beunruhigung und unferne wegen brauchte das Briand'sche PanEuropa nicht errichtet werden, wenn es nur den Krieg beseitigen will.

Deutschland ist ja machtlos, ist entvaffnet und kann sich nicht gegen den Willen anderer an den Grenzen zu erweitern, wie sollte es da Unruhestifter sein. Gerade aus der völligen Unfähigkeit eine militärische Aktion durchzuführen, kam ja die Erkenntnis einer praktischen Außenpolitik. Und hat uns die Auffassung, daß wir die Außenpolitik der Vernunft führen, oft auch Dittirnisse beibringt und genugsam gedemütigt und uns zu Prügelknaben gemacht, wir glauben doch, so wie Stresemann die Dinge zog, war sie schließlich tief und gründlich und klar, um Mißverständnisse zu vermeiden. Deshalb ist es unverkennbar, wenn immer wieder neue Mißverständnisse konstruiert werden.

Da hat General v. Seeckt eine Rede gehalten, die Wahrheiten sagte, die nichts Neues bedeuten. Wie oft hat Stresemann ernstlich Abrüstung der anderen verlangt, die und abrüsteten mit dem Versprechen, schließlich zu folgen? Und hat er nicht einmal auf den Tisch geschlagen und gesagt, wenn man nicht abrüstet, müsse Deutschland verlangen, daß seine Militärstärke den anderen Ländern angepaßt werde. Seeckt hat demnach wiederholt, was eine deutsche Forderung in der Frage der allgemeinen Abrüstung ist. Und nun kommen Pariser Blätter, stellen sich unwissend und machen glauben, hier sei ein Soldat, der eine große Rolle spielen werde und der Deutschland zum Kriege führen wolle. Seeckt und Otter und Fugenberg sollen auf einmal die Männer des neuen Deutschlands sein, die den neuen

Die Erledigung der deutschen Beschwerden in Genf.

Der Schluß der deutschen Minderheiten in Oberschlesien

hand mit vier Einzelsitzungen über die der japanische Vertreter berichtete, auf der Tagesordnung. Die Petition des Deutschen Volksbundes wegen der Richtenerneuerung der Dienstverträge von 32 Kerzen durch die Leitung der Polnischen Knappschichtkasse in Darnowitz wurde mit der Feststellung für erledigt erklärt, daß die polnische Regierung das Gutachten des Vorsitzenden der Gemischten Kommission für Oberschlesien angenommen hat.

Reichsaußenminister Dr. Curtius bemerkte hierzu, daß trotz der damit erfolgten formellen Erledigung der Angelegenheit vom menschlichen Standpunkt aus in Betracht zu ziehen sei, daß das Schicksal der betroffenen Kerzen bis zur praktischen Durchführung des Gutachtens ungewiß bleibe, und sprach die Hoffnung aus, daß diese Durchführung nicht mehr lange auf sich warten lassen werde.

Der polnische Außenminister Jaleski sagte zu, daß die polnische Regierung alles in ihrem Bereich Liegende zur Durchführung des Gutachtens tun werde, daß sie aber nur beschränkte Einwirkungsmöglichkeiten habe.

Auch die Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen der Verweigerung des Erlaubnis der Prospektführung für den Minderheitsangehörigen Rechtskonsulenten Otto Lehmann vom Kreisgericht in Lublitz wurde für erledigt erklärt, nachdem diese Erlaubnis durch Beschluß des Präsidenten des Ratowitzer Distriktsgerichts nunmehr erteilt worden ist.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wies darauf hin, daß Lehmann auf die Berücksichtigung einer Beschwerde 2 1/2 Jahre habe warten müssen und daß es hoffentlich möglich sein werde, einen Weg zu finden, um ihm den dadurch erwichenen großen wirtschaftlichen Schaden zu vergüten. Jaleski behielt sich eine Prüfung dieser Seite der Angelegenheit vor. Eine weitere Beschwerde wegen der Nichtzulassung von 60 Kindern, die seinerzeit auf Grund der Mauerischen Prüfungen in die polnischen Schulen umgeschult worden waren, wurde der Ratstagung der zweiten Septemberhälfte überwiesen, da dem Berichtserstatter die Unterlagen zur Vorbereitung einer Entschliessung zu spät zugegangen waren. Die Angelegenheit wird in der zweiten Hälfte des September noch zur Erledigung kommen.

Als letzter Punkt der obererschlesischen Minderheitsbeschwerden wurde eine weitere Schulfrage behandelt, nämlich die Frage der Formalitäten bei der Einschreibung für die Minderheitenschulen. Der Berichtserstatter legte dar, daß nach der Genfer Konvention das Verlangen um Einschreibung für die Minderheitenschulen von dem Beziehungsberechtigten nicht persönlich vorzubringen sei. Bei schriftlichen Anmeldungen soll jedoch die polnische Behörde die Echtheit der Unterschrift der Beziehungsberechtigten nachprüfen dürfen. Was die Schulanmeldungs-Kommission betrifft, deren Befugnisse bestritten worden war, so erklärt der Berichtserstatter, daß das Bestehen dieser Kommissionen mit der Genfer Konvention nicht in Widerspruch stehe, jedoch hätten sich die Kommissionen jeden Druckes auf die Beziehungsberechtigten zu enthalten und sie dürften insbesondere keine Nachprüfungen darüber vornehmen, ob die Erklärungen der Beziehungsberechtigten über die Muttersprache des Kindes den Tatsachen entsprechen. Es sei aber nichts dagegen einzuwenden, wenn sie bei schriftlichen Anmeldungen die Unterschriften nachprüfen.

Dieser Bericht, in dem zum Schluß festgestellt wird, daß durch das Entgegenkommen der polnischen Regierung eine Einigung erzielt worden sei, wurde ohne Aussprache angenommen. Damit war auch diese Frage, die, wie die anderen heute erörterten Minderheitenachen, den Rat bereits in seiner vorigen Sitzung beschäftigt hat, erledigt. Abgesehen von der heute auf eine spätere Sitzung der gegenwärtigen Ratstagung verschobenen Frage, betreffend die Rechtslage der seinerzeit durch die Mauerischen Sprachprüfungen zurückgewiesenen Kinder, ist in allen Fragen eine Erfüllung der deutschen Forderungen erreicht worden. Ohne Aussprache wurde sodann der Bericht über die Ergänzungen zum Statut des Saager

aus bestimmen, die Europa in Gefahr bringen. Es ist festzumachen, daß so schnell die gesunde Ueberzeugung von dem Friedenswillen Deutschlands vergessen wird. Wie aber sich gewisse Mißverständnisse auch im Kreise breiten und wie Pariser Briefschreiber auch willkürliche Konstruktionen finden, es bleibt einmal dabei, daß Dr. Curtius versichern konnte, er vertritt die deutsche Volksmehrheit. Diese Mehrheit vor den Wahlen, die die Außenpolitik führte und führte und ein Jahrzehnt hindurch große Opfer brachte, wird weiter Stütze der Außenpolitik sein, wie der Außenminister auch heute noch und aus welcher Partei er auch komme. Ja, es erscheint sogar sicher, daß niemals ein Mann — sagen wir — scharfer Tendenz, ein Mann der mit anderen Möglichkeiten liebäugelt, am Außenminister gemacht werden könnte.

Gerichtshofes angenommen. Zum Schluß behandelte der Rat die Frage des Bahnschubes im Saargebiet, zu der der italienische Außenminister Briand den Bericht erstattete. Der Rat nahm den Antrag des Berichtserstatters an, die Frage auf eine der nächsten Sitzungen des Rats während der jetzigen Völkerbundstagung zu übertragen. Inzwischen wird auf Vorschlag des französischen Außenministers Briand eine Kommission, bestehend aus dem französischen Außenminister, dem deutschen Außenminister, dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Berichtserstatter, zusammengetreten, um verchiedene Fragen zu klären. Dr. Curtius erklärte sich mit diesem Verfahren einverstanden und gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Rat den Beschluß auf sofortige, reifliche Zurückziehung des Bahnschubes fassen werde.

Um das Schicksal der Memelbeschwerde.

* Memel. Die Meldungen aus Genf, die es wenigstens wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Memelbeschwerde noch auf dieser Ratstagung zur Sprache kommt, haben im Memelgebiet größte Enttäuschung hervorgerufen. In der Beschwerde ist mit Recht auf den Ernst der Lage im Memelgebiet hingewiesen worden. Die Stimmung wird unter dem Druck der litauischen Gewalttaten von Tag zu Tag verweirter. Durch die Auflösung des Landtages und die Einsetzung einer aus Litauern bestehenden Diktaturregierung ist der Willkür der Romauer Regierung im Memelgebiet Tor und Tür geöffnet. Erst dieser Lage hat der litauische Außenminister Janus neue Vitanisierungsmaßnahmen angekündigt und mit geradem herausforderndem Tonismus erklärt, er könne nicht annehmen, daß Deutschland an der Memelfrage besonders interessiert sei. Nur schnelle Hilfe kann das Memeler Deutschtum vor der völligen Vernichtung retten. In lächerlichen memelländischen Kreisen erwartet man daher, daß die deutsche Völkerbundabordnung sich der Verschleppungstaktik gegenüber der Memelbeschwerde in Genf widersetzen wird. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Berliner ausländischen Stellen seinerzeit in aller Öffentlichkeit erklärt haben, daß Deutschland sich schützend vor die Memellandautonomie stellen und die Memelbeschwerde in Genf aufrollen werde.

Das Völkerbundsekretariat macht französische Politik.

* Genf. In deutschen Kreisen wird mit großem Verdruss festgestellt, daß die amtliche Mitteilung des Völkerbundsekretariats über die Saaransprüche im Völkerbundrat am Dienstag zwar eingehend die Erklärungen Briands über den französischen Standpunkt bringt, die entscheidenden deutschen Erklärungen des Reichsaußenministers jedoch unterschlägt. Die Mitteilung erwähnt die ausführlichen Erklärungen Dr. Curtius nur mit einigen wenigen nichtsaugenden Zeilen, während der Rede Briands ein ausführlicher Auszug wiedergegeben ist. Die Mitteilung des Völkerbundsekretariats verleiht offensichtlich die Absicht, die Unterlagen für die Berichterstattung der internationalen Presse, die öffentliche Meinung im Sinne des französischen Standpunktes in der Saarfrage zu beeinflussen. Dies ist ein neuer Beweis für die bereits mehrfach gemachte Erfahrung, daß das Völkerbundsekretariat trotz der deutschen Mitarbeit seine Aufgabe im wesentlichen in der einseitigen Interessensvertretung französischer Ziele sieht.

Deutschlands Beileid zur Katastrophe in San Domingo.

* Berlin. Anlässlich der Wirbelsturmkatastrophe die San Domingo betroffen hat, hat der Reichspräsident dem Präsidenten Rafael Trujillo telegraphisch seine und des deutschen Volkes herzlichste Anteilnahme übermittelt. Der Präsident der dominikanischen Republik hat dem Reichspräsidenten und dem deutschen Volk in einem in bezüglichen Worten gehaltenen Telegramm den Dank der Regierung und des Volkes ausgesprochen.

Man hat Dr. Curtius vorgeworfen, daß er sich zu stark zurückhalte und zu wenig Aktivität besitze. Dieser Vorwurf ist ihm sogar aus der Front gemacht worden, die hinter ihm steht. Das will aber sagen, man erwarte von ihm mehr Rührigkeit, kein Ausweichen der öffentlichen Meinung gegen ein Nachbarland, sondern eine Aktivität in der Verfolgung der großen Fragen, die noch der Erledigung harren und die auf der Linie der deutschen Außenpolitik erledigt werden können. Wir denken an das so lange verschleppte Minderheitenproblem, wir denken an die Abrüstung, wir denken an die Saarfrage und wir denken schließlich an die Ostprobleme. Um hier die deutsche Meinung, das deutsche Recht durchzusetzen, brauchen wir keinen waffenraffenden General als Außenminister, es genügt ein Mann vom Schlage Stresemann.